

Brühler Zeitung

Brühler Sozialanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postcheckkonto Köln 12742 * Fernsprecher 21 08.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. Reklamen
30 Pfg. Offertengeld und Auskunftsgebühr 30 Pfg.
Bei anstandsloser Bezahlung und Kontoführung ist jeder
Rabatt hinfällig. Nachdruck ist ausdrücklich
unverlangt. Eingeladene Manuskripte werden nur
dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder
durch die Post monatlich 1.50 Mk. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an
Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge
höherer Gewalt rechtfertigen keine Entschädigung.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 229

Donnerstag, 29. September 1932

35. Jahrgang

Der Reichsaußenminister verläßt Genf.

Die Genfer Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage bisher erfolglos. — Heute
ipricht Herriot. — In Paris ist man sehr pessimistisch.

Reichsaußenminister Hr. v. Neurath
hat gestern Abend um 6 Uhr mit dem Ver-
liner Schnellzug in Begleitung von Ge-
sandschaftsrat Dr. Böcker Genf ver-
lassen, um nach Berlin zurückzukehren.
Ob und wann der Reichsaußenminister
wieder nach Genf zurückkehren wird, hängt
von der weiteren Entwicklung ab. Be-
schlüsse sind hierüber noch nicht gefaßt.

Berlin, 28. Sept. Der Reichsaußen-
minister wird heute mittag zwischen 1 und
2 Uhr in Berlin zurück erwartet. Im Laufe
des Nachmittags wird dann noch eine Ka-
binettssitzung stattfinden, die sich nach den
Auskünften der Wilhelmstraße, mit laufen-
den Angelegenheiten beschäftigt. Natürlich
steht dabei die außenpolitische Aussprache
mit im Vordergrund, und es ist möglich,
daß diese Beratungen auch noch am Frei-
tag fortgesetzt werden. Irgegendwelche
Ueberraschungen sind dabei aber nicht zu
erwarten. Jedenfalls ist die Begründung,
daß die Abreise des Außenministers auf
wichtige Kabinettsberatungen in Berlin zu-
rückgehe, nicht in dem Sinne aufzufassen,
als wenn von deutscher Seite irgendwie
eine große Aktion geplant oder gar mit
einer Abschwächung von der bisherige-
gen außenpolitischen Linie zu rechnen sei.
Diese Linie ist vollkommen klar: In den
ganzen bisherigen Verhandlungen, nament-
lich auch mit den Engländern, sind Kom-
promisse in der Abrüstungsfrage angebo-
tet worden, aber in der grundsätzli-
chen Frage der Gleichberechtigung ist ein befriedigendes Ent-
gegenkommen nicht festzustellen.
Solange das nicht der Fall ist, betei-
ligen wir uns nicht.

Bezüglich der Haltung Deutschlands in
der Abrüstungskonferenz haben die Be-
sprechungen, die Hr. v. Neurath hier
mit verschiedenen Persönlichkeiten hatte,
die Situation in keiner Weise verändert.

Während der Abwesenheit des Reichs-
außenministers übernimmt Gesandter von
Hofenberg die Führung der Delegation.

Während der gestrigen Sitzung der
Vollversammlung fand in den Wandelgän-
gen eine kurze Unterredung zwischen Neu-
rath und Henderson statt. Henderson
beabsichtigt, am Abend nach London
zur Teilnahme an der Sitzung des Voll-
zugsausschusses der Arbeiterpartei abzu-
reisen.

Zwischen dem Präsidenten der Abrüs-
tungskonferenz, Henderson, und dem
italienischen Vertreter, Unterstaatssekretär
Molisi, fand Dienstagabend ebenfalls
eine Unterredung über die Lage auf der
Abrüstungskonferenz statt. Von englischer
Seite wird erklärt, daß die italienische Auf-
fassung über die weitere Gestaltung der
Abrüstungskonferenz weitgehend mit der
englischen übereinstimme.

Herriot hat Mittwochvormittag dem
Präsidenten der Völkerbundversammlung
mitgeteilt, daß er in der öffentli-
chen Sitzung der Bundesver-
sammlung am Donnerstag eine
Rede halten werde. Diese Entschel-
dung hat allgemein überrascht, weil ge-
stern noch von französischer Seite betont
wurde, daß Herriot nicht die Absicht habe,
in der Versammlung zu sprechen. Man hatte
auch angenommen, daß die Generaldebatte,
die bisher vollkommen interesselos verlief,
Mittwochnachmittag abgeschlossen würde.

Der Entschluß Herriots, nun doch zu spre-
chen, ist, wie in französischen Kreisen ver-
lautet, in einer Sitzung der französischen
Delegation Mittwoch vormittag gefaßt
worden. Es wird aber betont, daß Herriot
nicht die Absicht habe, zur Ab-
rüstungsfrage und über das
deutsch-französische Verhältnis
zu sprechen, sondern sich darauf be-

schranken werde, ganz allgemein die Tätig-
keit des Völkerbundes zu behandeln.

WIV Genf, 28. Sept. Herriot
empfangt gestern Abend die Vertreter der
Staaten des Kleinen Verbandes,
ferner Polens und Belgiens zu
einer gemeinsamen Aussprache. Sie er-
fahrene sich, wie verläuft, auf die Arbeit der
Völkerbundversammlung, auf die Lage der
Abrüstungskonferenz und insbesondere auf
die deutsche Gleichberechti-
gungsfrage. Die seit Herriots
Rede viel erörterten Pläne über neue Frie-
denssicherungsmaßnahmen, von denen man
sich offenbar eine Neubelebung der Abrüs-
tungskonferenz verspricht, über die aber
noch nichts Genaues bekannt ist, sollen
gleichfalls erörtert worden sein.

Herriot hatte außerdem noch eine beson-
dere Besprechung mit Benisch, dem Ver-
richtersatter der Abrüstungskonferenz.

WIV Genf, 28. Sept. In der Völker-
bundversammlung wurde heute vormittag
die allgemeine politische Aus-
sprache fortgesetzt. Die Ausführungen

der Vertreter Boliviens und Paraguays,
die von der Tribüne der Versammlung
ihren Friedenswillen bekundeten, gaben
dem Präsidenten der Versammlung, Po-
liti, Gelegenheit, die beiden Staaten zur
Befolgung der Völkerbundsatzung zu mah-
nen, damit die „unglückliche Meinungs-
verschiedenheit“ aus der Welt geschafft wer-
de. Der schweizerische Bundespräsident
Motta sprach zur Vertrauenskrise
des Völkerbundes. Seine Regie-
rung könne die Verantwortung für ein
Scheitern des Völkerbundes übernehmen,
der ein Volkwerk des Friedens sei. Der
Mann auf der Straße sei der unnütze
Worte müde. Man dürfe das Instrument
der internationalen Zusammenarbeit nicht
zerbrechen. Denn wenn es einmal zerbro-
chen wäre, könnte es nicht mehr wieder her-
gestellt werden.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag-
vormittag statt. In die Rednerliste haben
sich außer Herriot noch der italienische
Vertreter, Staatssekretär Molisi und
Lord Robert Cecil eingetragen.

Buenos Aires, 28. Sept. (Draht.)
Nach einer mit großem Beifall aufgenom-
menen Rede des Ministers des Auswärtigen
hat die argentinische Kammer mit
großer Mehrheit den Beitritt Argentiniens
zum Völkerbund beschlossen.

Kabinettsumbildung in England.

Schnelle Lösung einer aufstrebenden Regierungskrise. — Lord Snowden und die liberalen
Minister zurückgetreten. — MacDonald hält am Charakter seiner „nationalen Regierung“ fest.

Im englischen Kabinett ist ein
folgenreicher Streitfall entstanden, der ge-
stern zum offiziellen Austritt zweier libera-
ler Minister, des Innenministers Sir Her-
bert Samuel u. des Ministers für Schot-
land Sir Archibald Sinclair, sowie des
Großfischereibewahrsers und ehemaligen
Schachkanzlers Lord Snowden führten.
Der Streit dreht sich um die Frage, ob die
auf der britischen Reichskonferenz in Otta-
wa getroffenen Abmachungen bereits vor
oder erst nach Abschluß der Weltwirt-
schaftskonferenz in Kraft treten sollen.
Die ausgeschiedenen Minister haben bean-
tragt, daß diese Abmachungen erst nach
der Weltwirtschaftskonferenz wirksam wer-
den sollten. Dieser Antrag ist von den
übrigen Kabinettsmitgliedern als unan-
nehmbar abgelehnt worden. Darauf er-
folgte der Austritt der Minister und des
Großfischereibewahrsers.

Die neuen Minister.
London, 28. Sept. John Gilmore
(Konserverbatter) ist zum Staatssekretär des
Innern, Walter Elliot (Konserverbatter)
zum Staatssekretär für die Landwirtschaft
ernannt worden. Geoffrey Collins (Liberal) wird Staatssekretär für
Schottland.

Die Lords Greve, Reading und Grey
erklärten sich mit der Haltung der ausge-
schiedenen liberalen Minister solidarisch.

Die englische Kabinettskrise ist bereits
vorüber. Sie ist — äußerlich wenigstens —
dramatisch verlaufen, wie die meisten ihrer
Vorgängerinnen, und zeigt wieder einmal,
wie gut man sich in England auf geschickte
Inszenierung versteht. Vor einem Jahre
wurde es für nötig gehalten, die Gefahren
in den schwärzesten Farben zu schildern, um
die Vorbereitung für die sog. nationale
Regierung zu schaffen. Heute, wo
sich diese Regierung in das Fahrwasser
des konservativen Protektionismus be-
geben hat, kommt es vor allem darauf an,
dem Inland und dem Ausland gegenüber
den Eindruck der Ruhe zu bewahren.

Die auch in dem Schreiben der bemis-
stontierenden Kabinettsmitglieder an den
Premierminister betonte Ansicht, daß die
akute Krise überwunden sei, entspringt

wohl der Absicht, Befürchtungen über
schlimme Folgen und einem ungünstigen
Eindruck im Ausland wenigstens im
jetzigen Augenblick vorzubeugen.

Als gestern mittag das offizielle Bulletin
den Austritt der drei Vorkämpfer des Frei-
handelsgedankens Snowden, Samuel und
Sinclair verkündete, war es schon sicher,
daß die nationale Regierung den Oberlauf
überstehen würde. Die Gründe, die vor
allem Snowden veranlaßt haben, dem Pre-
mierminister die vierjährige Wegegossen-
schaft zu kündigen, sind die gleichen wie die
Motive der Samuelanhänger. Es war die
einzige Möglichkeit, die sich nur der Ohn-
macht gegenüber der überwältigenden pro-
tektionistischen konservativen Mehrheit
ergab.

Abgesehen von der Ueberzeugungsfrage
des Freihandels spielen jedoch gewiß
auch parteitaktische Gründe eine wenn auch
nur untergeordnete Rolle, wie aus dem re-
daktionellen Kommentar des liberalen
Abendblattes Star klar hervorgeht. Darin
heißt es: Die Liberalen verlassen das Schiff
nicht, weil es sinkt. Sie verlassen es, weil
es einen falschen Kurs verfolgt. Sie haben
ihre Hand am Steuer gehabt, waren aber
machtlos, den Kurs zu beeinflussen. Man
brauchte sie nur, um die Anerkennung den
Konservativen zu überlassen und den Tadel
für einen Fehlschlag auf sie zu laden.

WIV London, 28. Sept. (Draht.)
MacDonald gab heute Abend zugleich im
Namen von Lord Sankey und Thomas eine
Erklärung ab, in der er sagt: Wir haben
vor zwölf Monaten beschlossen, alle ge-
wöhnlichen Parteinteressen außer acht zu
lassen und dieser Entschluß besteht auch
heute noch fort. Die Aufgabe ist noch nicht
erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis
man so oder so zu einer Verständigung
über Reparationen und Schulden gelangt
ist. Wir werden unsere Bemühungen fort-
setzen, bis sie erfüllt sind. Erwägungen
partei-politischer Natur würden unseren
Einfluß im Lande und in der Welt schwä-
chen und würden die gegenwärtige Bewe-
gung zugunsten eines Wiederaufbaues der
Weltwirtschaft schwächen.

Auffhub der deutschen Zahlungen an Amerika.

Washington, 28. Sept. Der deut-
sche Geschäftsträger, Botschaftsrat Zeit-
ner, setzte das Staatsdepartement heute
davan in Kenntnis, daß die Reichsregie-
rung beabsichtige, die Ende September
fälligen Ratenzahlungen für die amerika-
nischen Besatzungskosten und die Mired-
claims aufzuschieben. Das amerikanische
Schahamt nahm hiervon Kenntnis und
übergab der Presse eine entsprechende
Erklärung zur Veröffentlichung. Auf der
vertraglich vorgesehenen dreimonatli-
gen Benachrichtigungsfrist wurde von amerikanischer Seite nicht be-
standen.

Schlechte Laune in Paris.

Paris, 29. Sept. Man findet gestern
in der Pariser Presse, was die Lage in Genf
anbelangt, Zugeständnisse, die ein-
germaßen überraschen müssen und auch eine
gewisse Bedeutung haben, da bekanntlich
am vergangenen Sonntag Ministerpräsi-
dent Herriot so stark unterstreichend der
französischen Öffentlichkeit zugerufen hat:
Unsere Politik ist die Politik des Völker-
bundes. Dadurch hat Herriot sich sehr stark
und in weit härterer Weise als seine Vor-
gänger mit der Politik des Völkerbundes,
seinen Methoden und Grundsätzen identi-
fiziert. Die Tatsache nun, daß, wie man sich
hier ausdrückt, die Völkerbundshauptver-
sammlung in einer Atmosphäre voll-
kommenen Gleichgültigkeit sich
abwickelt, das heißt, ein „Streittag der
Redner“ zu beobachten ist und daß die Ar-
beiten in den Ausschüssen der Abrüstungs-
konferenz durch die Stellungnahme Deutsch-
lands ins Stocken geraten sind, hat zu
einigen offeneren Bekenntnissen geführt,
die nicht verglichen werden können mit jener
allgemeinen Gleichgültigkeit, mit der man
durch die französische Presse von Genf aus
in der vorigen Woche das Verhalten
Deutschlands gegenüber dem Viro der Ab-
rüstungskonferenz hat behandeln wollen.

So ruft der Havasvertreter in Genf mit
einem Stöhnseufzer aus, man darf nicht ver-
heimlichen, daß das systematische Fernblei-
ben Deutschlands gegenwärtig jede diplo-
matische Initiative in Genf lahmgelegt hat
und dazu beiträgt, selbst Zweifel über die
Zukunft des Völkerbundes aufkommen zu
lassen.

Auch der Außenpolitiker des Journal
berichtet aus Genf in betont pessimistischem
Sinne. Die Abrüstungskonferenz hat keine
Aussicht auf Weiterbestehen, meinet er, es
sei denn, daß man dahin gelange, eine Lö-
sung vorzubereiten, die den Mächten Ge-
währung gibt, die wirkliche Sicherheits-
garantien benötigen, ohne daß die latenten
Gegensätzlichkeiten, die zwischen der fran-
zösischen Delegation vom 9. September und der
englischen Delegation vom 15. September beste-
hen, zum Ausbruch kommen. Beide Dele-
gationen nur in der juristischen Beurtei-
lung der deutschen Gleichberechtigungsfor-
derung überein, de facto aber offene die eng-
lische Note den Weg für die Vorbereitung
des neuen Status, das an die Stelle der
Versailler Militärklauseln trete, d. h. zur
indirekten Revision des Versailler Vertra-
ges führen würde.

Man versteht also in Paris nicht, Deutsch-
land mit der Verantwortung zu bedrohen,
daß wir die Abrüstung zum Scheitern brin-
gen würden, wenn wir uns der Ausarbeit-
ung eines neuen Status widersetzen
würden. Um sich diesem Druck zu entziehen,
hat Herriot offenbar in Gramat kein Blatt
vor den Mund genommen. Jetzt handelt es
sich darum, die Genfer Intrigen zu durch-
kreuzen. Herriot wird nicht verfehlen, sich
dabei auf die Mächte zu stützen, die ebenso
wie wir an der Aufrechterhaltung der
Ordnung interessiert sind: Polen und die
Kleine Entente. Das gibt die Erklärung
für die wichtige Begegnung ab, die gestern
Abend am Sitz der französischen Delegation
statt fand.

Bienen oder Drohnen?

Wie das Vermögen der Klöster verwendet wird.

Die Zeitschrift „Caritas“ veröffentlicht in ihrem Septemberheft einen interessanten Aufsatz von Dr. Karl Becker, dem Statistiker des Deutschen Caritasverbandes, der lehrreichen Einblick in das Arbeitsfeld der Ordenscaritas im Jahre 1931 bietet. Angesichts der vielen Angriffe, die besonders von radikal-politischer Seite immer wieder gegen die katholischen Ordensschwestern gerichtet werden und nicht verstummen wollen, verdienen die Ausführungen Beckers das besondere Interesse des katholischen Volkes.

Wenn es auch ein unvollkommener Versuch bleibt, die ganze Jahresarbeit der katholischen caritativen Orden zahlenmäßig mit Hilfe der Statistik zu überschauen, so muß doch die gewaltige Größe der festgestellten Leistungen in Erstaunen setzen. Es trifft wirklich zu, was ein Freund der Ordenscaritas einmal in die Worte faßte: „Der unbekannte Soldat ist zu einem großen Mythos geworden und lebt als Kraft der Vergangenheit in hunderttausend Herzen. Die unbekannte Barmherzige Schwester ist lebendige Wirklichkeit, aber vor ihr bedürfen keine Truppen, senken sich keine Fahnen und Degen. Aber in hunderttausend Herzen wölbt sich doch ein Triumphbogen über den Heroismus dieser Schwestern.“ Heroismus haben die katholischen Ordensschwestern und Ordensbrüder im Weltkriege im höchsten Maße gezeigt; 31 558 Ordensschwestern und 1720 Ordensbrüder haben sich damals an der Front und in der Heimat in hingebender und selbstloser Weise der Verwundeten und Kranken angenommen, sie gepflegt und mit ganzer Kraft umgesehen an ungezählten Pflegetagen; größten Heroismus beweisen auch die Leistungen, die sie heute, da die Welt Frieden hat, alljährlich im Dienste der Menschheit, der Kranken und Gefunden, der Kleinen und der Alten vollbringen. Ihre Großtaten der Liebe sind nicht auszuzählen, mag der Kampf und der Haß auch noch so sehr gegen sie ankämpfen!

Gehen wir einmal an all ihre Wirkungsstätten und hören wir, was die Krankensäle, die Operationszimmer, die Arbeitszimmer, die Wirtschaftsräume usw. erzählen von unermüdlicher Tätigkeit der Ordensleute! Über 20 000 Ordensschwestern und -Brüder allein haben im Jahre 1931 in Krankenhäusern die Erfüllung ihrer Berufspflichten im Dienste am kranken Menschen gesucht, 1,5 Millionen von Krankheit heimgeführte Menschen haben sie mit sorgfamer Hand gepflegt und in über einer Million schlaflosen Nächten betreut und getröstet.

Doch dies ist nicht einmal die schwerste Arbeit, viel mühevoller und opferreicher ist der Dienst am geistig Kranken und schwach sinnigen Menschen. Auch auf diesem Arbeitsgebiete sind über 4000 katholische Schwestern und Brüder tätig und erfüllen hier das Heilandswort: „Was Ihr dem Geringsten getan, das habt Ihr mir getan.“ Fast 20 000 arme Menschen in Irrenanstalten standen unter der Obhut von katholischen Ordensangehörigen an 3,7 Millionen Pflegetagen, 131 325 Pfleglinge waren es in Schwachsinnigen- und Epileptikeranstalten, die an 6 355 000 Tagen Pflege und Wartung, über 10 000 Pfleglinge, die in Krüppel-, Blinden-, Taubstummenanstalten an 1,2 Millionen Tagen jede denkbare Hilfeleistung von katholischen Ordensleuten erhielten. Viele dieser Armen danken der opfervollen Arbeit von Ordensleuten ihre Erziehung und Schulung für das Leben, so daß sie selbst ihr Brot verdienen können.

Weiterhin pflegten katholische Schwestern und Brüder im letzten Jahre 94 655 Kranke in Erholungs- und Genesungshäusern; über 28 000 Mütter und Wöchnerinnen wurden von aufmerksamen, hilfsbereiten Schwestern an über 1,1 Millionen Pflegetagen liebevoll umgesehen; mehrere Tausend Schwestern und Brüder haben Alte und Sieche an 7,8 Millionen Tagen gepflegt und in ungezählten Nächten betreut. Eine ganz opfervolle Arbeit! Von ihr sagte einmal Voltaire, daß es vielleicht nichts Größeres auf Erden gäbe als das Opfer, das ein zartes Geschlecht mit seiner Schönheit, Jugend und oft erlauchter Geburt bringt, um in den Spitälern jenen Abguss alles menschlichen Glanzes zu lindern, dessen Anblick so demütigend ist für unseren Stolz und so abstoßend für unsere Weichlichkeit.

All dies ist Arbeit, die in den Anstalten von den Schwestern und Brüdern geleistet wurde. Sie sind aber auch außerhalb der Anstalt zu Hilfeleistungen bereit, gehen Tag und Nacht in die Häuser, dahin, wo Krankheit, Not und Elend sie ruft. Auf 4600 Posten im ganzen Deutschen Reich verteilt (beispielsweise) arbeiten 10 000 dieser Ordensleute; weit über 3 Millionen Tagespflegen, 640 000 Nachtpflegen und über 9 Millionen sonstige Hilfeleistungen haben sie

im letzten Jahre aufzeichnen können, alles Hilfen, die nur derjenige zu beurteilen und zu werten weiß, der sie kennt und einmal erfahren hat.

Zu dieser Tätigkeit auf gesundheitsförderlichem Gebiet treten die mannigfachen Leistungen der Ordensleute auf dem Gebiet der Erziehungsfürsorge. Schon das Kleinkind nehmen sie in ihre ernste Sorge und Obhut, über 800 000 Kinder sind im Jahre 1931 durch 4 000 Krippen, Kindergärten und Horten gegangen, die von katholischen Schwestern geführt wurden. 800 000 Kinder, das ist eine Großstadt von Kindern, die eine Millionenzahl von kleinen Wünschen, Sorgen und Bedürfnissen an einem einzigen Tage hatten! Die Wohltat gerade dieser Erziehungstätigkeit der Schwestern wird von allen Eltern dankbar anerkannt. Darüber hinaus erstreckte sich die Erziehungstätigkeit der Ordensleute auf ihre Arbeit in Haushaltungsschulen, Handarbeitschulen, in denen sie im letzten Jahre über 200 000 Schülerinnen praktische Kenntnisse für Beruf und Leben vermitteln konnten, auf die Arbeit in Mädchenheimen, in Waisenhäusern, Erziehungs- und Fürsorgeheimen, in denen sie über 200 000 Jünglinge an 11,6 Millionen Pflegetagen betreut haben. Nur erwähnt sei die umfangreiche Erziehungstätigkeit der Schwestern in Klosterkirchen (Studienanstalten, Oberlyzeen, Frauenkirchen).

Nicht fehlen darf im Rahmen dieser Darstellung der Hinweis auf die außerordentliche Arbeit der Klöster und Mutterhäuser in der Erwerbslosenhilfe. Schon wiederholt ist auf diese Leistungen hingewiesen worden; hier sei nur noch einmal bemerkt, daß die Klosterpfaffen am besten anzugeben wissen, was an Hilfe und Notlinderung von ihnen ausgegangen ist. Es ist doch eine ganz gewaltige Tat, daß 3. B. von 4 katholischen caritativen Männerklöstern Münchens im Jahre 1931 an Arme und Arbeitslose insgesamt 4474 Zentner Brot (eine Stadt von 447 400 Einwohnern — etwa Düsseldorf — hätte hiermit für einen Tag für all ihre Bürger Brot gehabt), 42 404 vollständige Mittagessen und 65 700 Suppenportionen unentgeltlich abgegeben wurden. Ebenso haben alle übrigen Klöster ihre ganze Kraft in die caritative Erwerbslosenhilfe eingebaut, sie wurden im wahrsten Sinne die Stätte der praktisch helfenden Liebe — der Tat-Liebe! 42 Millionen Speisungen, davon 7,5 Millionen Speisungen für Kinder, sind im letzten Jahre von den Klöstern und caritativen Anstalten unentgeltlich verabreicht worden, das will heißen, daß zwei Drittel des gesamten deutschen Volkes einmal von einem caritativen Kloster gespeist worden sind; Tausende von Zentnern Lebensmittel, Kleider und Wäsche im Werte von über 100 000 RM sind an Bedürftige ausgeteilt worden. Wenn man all diese Leistungen betrachtet,

sieht man zu deutlich, wozu das Vermögen der Klöster verwendet wird, wie die Einkünfte verwendet werden, um die Not zu lindern und das Gebot der Nächstenliebe zu erfüllen.

Dies alles sind Jahresleistungen der viel geschmähten und angegriffenen katholischen caritativen Orden, eine reiche Ernte, die Gott allein werten soll. Die gütigen, unermüdlich hilfsbereiten Menschen in den stillen Klöstern wollen keinen Dank. Der Herr hat ja das Hilfsgebot gegeben und auch gesagt, daß Geben selig sei!

Das hungernde Rußland.

Trotz der strengen Zensur ist es dem russischen Sonderberichterstatter des „Daily Express“ gelungen, seiner Zeitung folgende Einzelheiten über Hungeraufstände in Sowjet-Rußland mitzuteilen: „Vom Hunger getrieben“, so schreibt der Korrespondent, „bestürmten große Arbeitertrupps in Jwanowo Wosnessensk die Lagerplätze der Regierung und plünderten sie. Sobald diese Vorfälle in Moskau bekannt wurden, sandte man Truppen der Roten Armee und der russischen Geheimpolizei, der GPU, in

das aufständische Gebiet. Nach einem heftigen Kampfe, wobei des öfteren in die Volksmenge geschossen wurde, konnten diese Truppen schließlich die Ordnung wiederherstellen. In Moskau versuchte man infolge dieser Ereignisse, den Mangel an Nahrungsmitteln und Kleidung dadurch zu verringern, daß man die Nationen für die Sowjetarbeiter auf die Hälfte herabsetzte.

Trotz dieser tiefgreifenden Maßnahmen treffen regelmäßig beunruhigende Nachrichten ein, aus denen hervorgeht, daß die landwirtschaftlichen Kollektive durchaus nicht in der Lage sind, genügend Getreide zu produzieren, um Rußland mit Nahrung zu versorgen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die große Masse der russischen Arbeiter und Bauern bitter enttäuscht ist, eine Tatsache, die zu allen möglichen Dingen führen kann, sobald Hunger und Kälte mit dem kommenden Winter heftiger werden. Die Unruhen in Jwanowo-Wosnessensk werden deshalb als Vorpiel des vielleicht ernsthaftesten Aufstandes angesehen, den Rußland seit den Tagen der bolschewistischen Revolution mitgemacht hat.“

Waltendes Schicksal in aller Welt.

Das Brüsseler Elektrizitätswerk zerstört

WTB Brüssel, 28. Sept. (Draht.) Das hiesige Elektrizitätswerk ist durch einen Brand vollkommen zerstört worden. Die Stromversorgung der Stadt ist gänzlich stillgelegt.

Der Brand entstand in den Leitungsanlagen des Hauptsaales und breitete sich mit so überraschender Schnelligkeit aus, daß die Belegschaft eben noch Zeit hatte, sich Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen. Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinen sind fast vollständig vernichtet. Nur ein Nebenwerk mit einer Leistung von 36 000 PS konnte gerettet werden. Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten. Riesige Menschenmassen beobachteten die Katastrophe von einem Ufer des in der Nähe des Werks entlangziehenden Kanals aus.

Gegen 6 Uhr nachmittags setzte die Versorgung mit elektrischem Strom wieder ein, da die Erzeugung von Strom in beschränktem Umfang wieder möglich geworden war.

Der vierbeinige Fisch gefunden.

Der dänische Polarforscher Dr. Laugesen ist mit seinen beiden Expeditionschiffen „Gustav Holm“ und „Godthaab“ in Kopenhagen eingetroffen, wo die von Grönland heimgekehrte Expedition von Vertretern der Regierung und einer großen Menschenmenge begrüßt wurde.

Als bedeutendstes wissenschaftliches Ergebnis der Expedition bezeichnet Dr. Laugesen die Auffindung der Uebergangsform zwischen Fisch und

Lurchtier. Schon bei seiner vorigen Expedition im Sommer 1931 fand Laugesen in der Nähe der Mündung des Franz-Joseph-Fjords an der Ostküste Grönlands im Polargebiet eine ausgestorbene Meerestier aus der Devonzeit, die eine große Anzahl von fossilen Tierformen enthielt, die vermuten ließen, daß man auf eine Uebergangsform gestoßen sei. Laugesen erklärte, er sei sich schon damals darüber klar gewesen, daß man hier vor einer Uebergangsform zwischen Fisch und Lurchtier, d. h. dem Fisch, der vier Beine bekam und auf das Land kroch, stehe. Er hielt jedoch seinen Fund geheim, in der Hoffnung, bei der diesjährigen Expedition das Material vervollständigen zu können. Diese Erwartung wurde weit übertroffen, indem die Expedition mehr als dreitausend Versteinerungen aus der Devonzeit erbeutete.

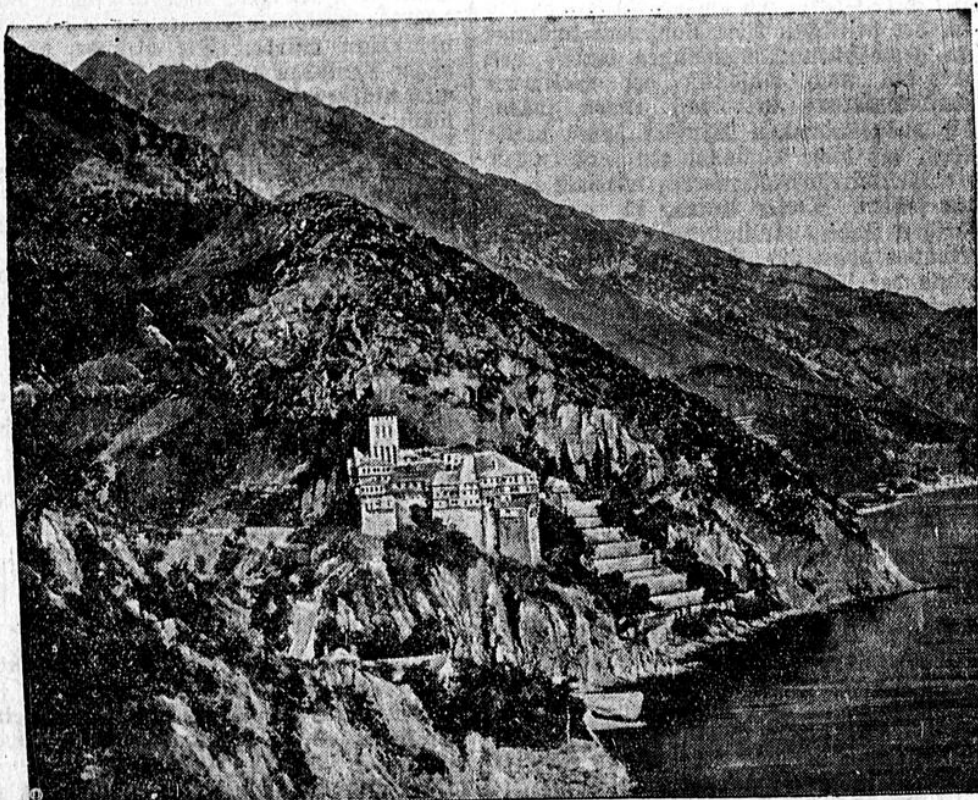
Die Ueberzeugung L. Laugesens, die Uebergangsform zwischen Fisch und Lurchtier entdeckt zu haben, wird vom Professor Steensjö vom Reichsmuseum in Stockholm, dem die wissenschaftliche Bearbeitung dieser Art von geologischen Ergebnissen der Expedition untersteht, voll und ganz bestätigt. Steensjö hält die Auffindung des vierbeinigen Fisches für ebenso bedeutungsvoll wie die Entdeckung des Zahnvogels in Bayern. (Das sind Vögel, die bezahnte Kiefer hatten.) Außer den dreitausend Fossilien aus der Devonzeit haben andere geologische Mitbringer der Expedition siebentaufend Versteinerungen sehr primitiver Fische aus dem mittleren Erdalter eingesammelt. Als andere wichtige Ergebnisse sind Metallfunde anzuführen, darunter Blei, Zink und Silber.

Riesendevisenschmuggel aufgedeckt

WTB Beuthen, 28. Sept. Die Zollfahndungsstelle ist einem Riesendevisenschmuggel von Devisen ins Ausland auf die Spur gekommen, an dem zahlreiche Personen in Beuthen und im ostoberschlesischen Grenzgebiet beteiligt sind. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt die Zentrale der Schmugglerbande in einem Hotel in Katowitz, von wo aus der Schmuggel über die deutsche Grenze, besonders nach Beuthen, Breslau und Berlin geleitet wurde. Zollfahndungsbeamte hatten bereits am Samstag in der Wohnung des Wechselstubeninhabers Saper eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Saper gelang es, über die Dächer zu flüchten und noch einen großen Teil des Geldes in das Ausland in Sicherheit zu bringen. Jetzt wurde wegen Verdunkelungsgefahr die Ehefrau des Saper in Haft genommen, ebenso eine Kontoristin.

Erneute Sprengstofffunde.

Rothenburg (Oberlausitz), 24. 9. In den vergangenen Tagen wurde von Kriminalbeamten in den Wäldern bei Petershain erneut ein Sprengstoff- und Munitionslager entdeckt. Der Fund steht in Zusammenhang mit den f. St. gemeldeten Sprengstofffunden im Herbst vergangenen Jahres. Der Sprengstoff stammt zum größten Teil aus einem Einbruch in die Steinbruchverwaltung in See bei Niesky. Als einer der Täter konnte der wegen Erschießung eines SA-Mannes und des Landjägers Scholz aus Thrauna festbriefflich gesuchte Stellmacher Max Barthel aus Petershain ermittelt werden, für dessen Gefangung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist.



Zur Erdbebenkatastrophe in Griechenland

Die griechische Halbinsel Chalkidiki ist von einem folgenschweren Erdbeben betroffen worden. Eine ganze Anzahl von Dörfern wurde vollständig zerstört. Auch die weltberühmten Mönchsklöster auf dem Berg Athos wurden schwer beschädigt. Man spricht von 800 Toten, die das Unglück gefordert haben soll, und die Zahl der Obdachlosen geht in die Zehntausende. Das Elend unter ihnen ist unbeschreiblich. Unser Bild zeigt:

Der Berg Athos mit einem der berühmten Mönchsklöster.

Neuer Erdstoß in Griechenland.

WTB Athen, 29. Sept. Chalkidiki wurde gestern Abend gegen 7 Uhr von einem neuen sehr starken Erdstoß heimgesucht, der auch in Saloniki verspürt wurde und dort unter der Bevölkerung eine Panik hervorrief. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Die Gewährung der Steuergutscheine.

Durchführungsbestimmungen zur Verordnung der Reichsregierung. — Steuerbezahlung und Mehrbeschäftigung — Weitere Belegungsmassnahmen — Ein Zehntel der deutschen Handelsflotte soll abgewrackt werden.

WVB Berlin, 28. Sept. (Drahtb.) Die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutschein-Verordnung erscheinen in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes. Sie umfassen Bestimmungen über die Gutscheine für Steuerzahlungen, die für Mehrbeschäftigung gewährt werden, ferner über die Ausgestaltung der Steuergutscheine und ihre steuerliche Behandlung. Schließlich sind noch neun Beispiele angeführt.

Aus dem Inhalt ist u. a. anzuführen: Steuergutscheine für Steuerzahlungen erhält, wer seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leistung im Inlande hat oder sonst unbeschränkt Einkommensteuer, oder Körperschaftsteuerpflichtig ist. Sie werden ausbezahlt für die Zahlung von Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Besondere Steuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig und entrichtet werden. Vorher fällige, aber erst in dieser Zeit entrichtete Steuern geben ebenfalls Anspruch auf Steuergutscheine, wie Steuern, die zwar in der Zeit fällig sind, aber erst später entrichtet werden. Eine Ausnahme ist nur zugelassen für die Land- und Forstwirtschaft. Von der Beförderungssteuer werden Steuergutscheine in voller Höhe der gezahlten Steuer gegeben, bei den übrigen Steuern: Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, in Höhe von 40 v. H.

Der zweite Teil der Durchführungsbestimmungen behandelt die Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung, die nur für im Inlande betriebene Unternehmen, die vor dem 1. September 1932 errichtet sind, ausbezahlt werden. Sämtliche Betriebe desselben Unternehmens werden für die Berechnung der Mehrbeschäftigung zusammengefasst. Diese Art von Steuergutscheinen bezieht sich auch auf Streckung der Arbeit, wenn dadurch mehr Arbeiter Beschäftigung finden. Ausführlich ist die Art der Errechnung der Mehrbeschäftigung angegeben. Der Steuergutscheinbetrag beläuft sich grundsätzlich im Kalenderviertel auf 100 Mark, mindert sich aber bei den Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern, nachdem sie ihre Belegschaft mehr als verdoppelt haben. Der Antrag auf Gewährung von Steuergutscheinen ist beim Finanzamt schriftlich zu stellen. Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber und auf Beträge von 20 000, 10 000, 1 000, 200, 50, 20 und 10 Mark.

Die Durchführungsbestimmungen behandeln ferner die Anrechnung der Steuergutscheine in den Jahren 1934 bis 1938, sowie die Möglichkeit ihrer sofortigen Verwertung. Hervorgehoben muß werden, daß der Wert im Ausgabejahr von dem Empfänger als Einkommen anzusetzen ist, jedoch nur mit einem Fünftel des Kurswertes.

WVB Berlin, 28. Sept. (Drahtb.) Die Reichsregierung hat sich bekanntlich bereit gefunden, zum Abwracken von 400 000 Bruttoregistertonnen veralteten Schiffsräumen im Rahmen des allgemeinen Arbeitsbeschaffungsprogramms einen Betrag bis zu 12 Mill. Mark als Beihilfe zu gewähren. Es ist vorgesehen, dem Reeder, der nachweist, daß ein ihm gehörendes Schiff verschrottet bzw. dessen Verschrottung gesichert ist, einen Zuschuß bis zu 30 Mk. für die Bruttoregistertonne zu zahlen. Für die Gewährung des Zuschusses sind u. a. folgende Bedingungen vorgesehen:

1. Die Schiffe müssen seit dem 1. Januar 1930 ununterbrochen in einem deutschen Seeschiffsregister eingetragen gewesen sein und im Eigentum des Antragstellers gestanden haben. 2. Es muß sich um Schiffe handeln, die vor dem 1. Januar 1913 vom Stapel gelaufen sind. 3. Die Schiffe sollen einen Bruttoregistereintrag von 500 Registertonnen oder darüber haben. 4. Das Abwracken muß auf einer deutschen Werft erfolgen.

Nach der Durchführung dieses Abwrackungsprogramms wird etwa ein Zehntel der deutschen Handelsflotte abgewrackt sein. Voraussichtlich werden auf die Großreedereien 49 Schiffe mit rund 275 000 Bruttoregistertonnen, auf die übrige Schiffsflotte etwa 59 Schiffe mit rund 125 000 Bruttoregistertonnen entfallen. Die Durchführung des Abwrackens obliegt einer in Hamburg gegründeten „Reederei-Treuhandgesellschaft m. b. H.“, in der Reeder und Werften paritätisch vertreten sind, und bei der sich das Reich ein weitgehendes Aufsicht- und Prüfungsrecht gesichert hat.

WVB Berlin, 28. Sept. Wegen Lohnfreitags ist heute um 1 Uhr die gesamte Belegschaft des Scherl-Verlags — etwa 3 000 Mann — in den Ausstand getreten.

Verordnung zur Reichstagswahl.

Berlin, 28. Sept. Der Reichsminister des Innern hat unter dem 27. September eine Verordnung zur Reichstagswahl am 6. November erlassen. Danach sind die Stimmkreise und Stimmarten vom 16. bis 23. Oktober d. J. anzulegen. Für Reisende mit Stimm Scheinen, denen sich keine Möglichkeit zur Stimmabgabe in einem allgemeinen Abstimmungsraum bietet, werden wieder auf den großen Übergangsstationen des innerdeutschen Personenverkehrs und an der Reichsgrenze besondere Stimmbezirke mit Abstimmungsräumen oder wenigstens besondere Abstimmungsräume eingerichtet, unter anderem in Aachen Hbf., Benthelm, Berlin (auf allen Fernbahnhöfen), Emmerich, Frankfurt am Main, Koblenz, Köln Hbf., Münster i. W. Hbf., Trier, für die Abstimmung auf Seefahrzeugen gelten die bisher üblichen Bestimmungen.

Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, ist folgende:

1. Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei,
2. Sozialdem. Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Zentrum,
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Bayerische Volkspartei,

7. Deutsche Volkspartei,
8. Deutsche Staatspartei,
9. Chr.-Soz. Volksp. (evg. Bewegung),
10. Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei),
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Landbund (Württemberg. Bauern- u. Weingärtnerbund),
13. Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- u. Landvolkpartei),
14. Volksrechtspartei.

Ueber die Abstimmungszeit heißt es in der Verordnung: In Stimmbezirken mit weniger als tausend Einwohnern kann eine kürzere, jedoch mindestens sechsstündige Abstimmungszeit festgesetzt werden. Die gestrichelte Abstimmungszeit darf aber nicht später als 11 Uhr beginnen und nicht vor 16 Uhr schließen.

WVB Berlin, 28. Sept. (Drahtb.) Der Verfassungs- und der Gemeindeausschuss des preussischen Staatsrates beschäftigten sich am Mittwochmittag mit dem Antrag der Nationalsozialisten vom Landtag beschlossenen Gesetz zur Verlegung der normaler Weise erst Ende Herbst 1933 fällig werden den Gemeindevahlen in Preußen auf den 6. November d. J. Nach dem Verlauf der Ausschussverhandlungen ist damit zu rechnen, daß der Staatsrat am Donnerstag mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten — Nationalsozialisten sind im Staatsrat als ordentliche Mitglieder nicht vertreten — gegen das Gesetz Einspruch erheben wird. Da für das Zustandekommen des Gesetzes nach dem Einspruch des Staatsrates eine Zweidrittelmehrheit des Landtages erforderlich wäre, die aber nicht vorhanden sein wird, so kann die Absicht, die Gemeindevahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen, schon jetzt als gescheitert bezeichnet werden.

Immer neue Konflikte.

Die Hausdurchsuchungen im Reichstag. — Untersuchungsausschuss gegen Bracht. — Die Polizei erhält keine Auslagegenehmigung. — Der Untersuchungsausschuss des Reichstages am Ende seiner Arbeit.

WVB Berlin, 28. Sept. (Drahtb.) Der Polizei-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags erörterte am Mittwoch zunächst die Hausdurchsuchung in den kommunalistischen Räumen des Reichstages, die die Berliner Polizei in der Nacht nach der Reichstagsauflösung durchführte.

Ehe die Beratungen begannen, gab Ministerialrat Schüpe vom preussischen Innenministerium eine Erklärung des Reichskommissars bekannt. Darin heißt es, daß der Reichskommissar nach den Erfahrungen, die er gelegentlich der Nachprüfung der Stageral-Zwischenfälle gemacht habe, die ernste Beforgnis habe, daß durch Befragung von Polizeibeamten über die nächtliche Durchsuchung im Reichstag die Methoden veröffentlicht und bloßgestellt werden könnten, nach denen die Polizei staatsfeindliche Bewegungen unterdrücke. Der Reichskommissar sehe sich daher nicht in der Lage, Auslagegenehmigung für die Polizeibeamten zu erteilen, die der Ausschuss in dieser Sache vernehmen wollte.

Die Erklärung schildert dann den Tatsachenverlauf der Durchsuchungsaktion in der durch amtliches Kommuniké schon damals bekanntgegebenen Weise. Danach habe die Polizei von vertrauenswürdiger Seite die Mitteilung erhalten, daß Kommunisten im Reichstag ein Sprengattentat vorbereitet hätten. (Neben bei den Kommunisten.) Da es nicht gelang, sich mit dem Reichstagspräsidenten in Verbindung zu setzen und weil Gefahr im Verzuge war, habe die Polizei ohne weiteres die Durchsuchung im Reichstag vorgenommen.

Vorsitzender Schwenk (Kom.) erklärte, daß diese Erklärung des Reichskommissars im Widerspruch zu seiner gestrigen Mitteilung stehe. Im Falle der Hausdurchsuchung im Reichstag habe es sich doch um eine hochpolitische Angelegenheit gehandelt. Zunächst beschloß der Ausschuss den Bericht erstatter zu hören und dann die Erklärung des Reichskommissars zu besprechen. Der Berichterstatter Abg. Müller gab aus den Akten den Bericht des Direktors des Reichstages über die Hausdurchsuchungsaktion. Nach der Geschäftsordnungsdebatte trat man in die Zeugenvernehmung ein. Zunächst schilderte Direktor Galle die Durchsuchungsaktion. Reichstagspräsident Göring bezeugte als Zeuge, daß er die Durchsuchung genehmigt haben würde, wenn gravierendes Material vorgelegt hätte. Es handele sich bei der Durchsuchung um einen traffen Übergang der Polizei gegenüber den Rechten der Volksvertretung. Er habe den Eindruck, daß Dr. Bracht den Auftrag selbst gegeben habe.

Selbst rief die Aussage des Abg.

Torgler (Kom.) hervor, der befandete, daß die Kommunisten den Reichstag tatsächlich gesprengt hätten, allerdings nicht das Gebäude. Der Vorsitzende Schwenk verlas die Antwort Dr. Brachts auf Görings Beschwerde. Ueber die Herkunft könne keine Mitteilung gemacht werden, jedenfalls sei der dafür verantwortliche Beamte auf die Schranken seiner Polizeigewalt aufmerksam gemacht worden. Es wurde schließlich ein Komitee eingesetzt, das eine Protestentscheidung gegen das Verhalten des Reichskommissars vorbereite.

Diese Protestentscheidung bringt zum Ausdruck, der Reichskommissar habe durch seine Weigerung, irgendeine Auslagegenehmigung zu erteilen, die volle Aufklärung der Vorgänge durch den Untersuchungsausschuss zu behindern versucht, obwohl gerade in diesem Falle der Vorwurf eines schweren Verstoßes gegen Bestimmungen der Verfassung erhoben worden sei. Der Ausschuss erhebt gegen dieses Verhalten des Reichskommissars auf das entschiedenste Einspruch. Er verweist auf die Zweipäufigkeit, die darin liegt, daß der Reichskommissar in den früheren Fällen die Auslagegenehmigung erteilt habe, sie aber jetzt verweigere in einem Falle, in dem er selbst oder die ihm unterstellten Organe die Verantwortung trügen. Schließlich bezeichnet der Ausschuss die vom Reichskommissar dem Nachrichtenbüro des WVB gegebene Erklärung als eine Fälschung der öffentlichen Meinung. Diese Entscheidung wurde mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen gebilligt.

Für Donnerstag früh soll General Severin geladen werden, der sich am Abend des 12. September telephonisch erkundigt haben soll, ob im Reichstag alles in Ordnung sei.

Berlin, 28. Sept. Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat die Ergebnisse seiner Vorberichterstattung über den Verlauf der Reichstagsauflösung vom 12. September in folgender Entscheidung zusammengefasst:

Reichstagskanzler von Papen hat sich erst zu Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten sowohl der Reichsverfassung, wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichstagskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zu Wort zu melden. Aus den Ausführungen des Reichstagskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuss abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion er-

gibt sich für den Ausschuss die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen.

Für diese Entscheidung haben die Nationalsozialisten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei gestimmt. Dagegen hat der Ausschuss sowohl einen kommunistischen Antrag, der die Rechtmäßigkeit der vorgeschlagenen Abstimmung festlegen wollte ebenso abgelehnt wie einen sozialdemokratischen Antrag, der die gegenteilige Auffassung, nämlich die staatsrechtliche Unwirksamkeit aussprechen wollte. Die Arbeiten des Untersuchungsausschusses sind damit erledigt.

Der Besuch des Reichskanzlers in München.

WVB Berlin, 28. Sept. (Eig. Meld.) Wie wir erfahren, wird der in Aussicht genommene offizielle Besuch des Reichskanzlers von Papen bei der bayerischen Regierung in München am 11. Oktober stattfinden. Am Tage darauf hält der Reichskanzler vor den bayerischen Industriellen eine Rede.

Preußens Anträge vor dem Staatsgerichtshof

WVB Berlin, 28. Sept. (Drahtb.) Nachdem nunmehr feststeht, daß die Verhandlung des Staatsgerichtshofes in Leipzig in den Verfassungsstreit zwischen Preußen und dem Reich am 10. Oktober stattfindet, werden nunmehr auch die Anträge Preußens bekannt. Es handelt sich um drei Anträge.

Der erste begehrt die Feststellung, daß die Einkerbung eines Reichskommissars für Preußen mit so weitgehenden Befugnissen wie Absetzung der preussischen Staatsminister, Zurechtsstellung von Beamten und die Eingriffe in die Reichsratsvertretung, mit der Verfassung nicht im Einklang steht.

Der zweite Antrag, der im wesentlichen mit den von Bayern und Baden in ihren Sonderklagen gestellten Anträgen übereinstimmt, wünscht eine Entscheidung darüber, daß gewisse Maßnahmen der Reichsregierung unter allen Umständen über die Befugnisse aus Artikel 48 der Reichsverfassung hinausgehen, und zwar selbst dann, wenn die zur Rechtfertigung behaupteten Tatsachen zuträfen.

Der dritte Antrag wünscht die ausdrückliche Feststellung, daß die vom Reich gegen Preußen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen.

Feindliche Brüder.

WVB Breslau, 27. Sept. In einer deutschnationalen Versammlung, in der der Reichstagspräsident Graef über die Wahrheit der Reichstagsauflösung sprechen sollte, kam es zu stürmischen Auftritten. Der Saal war voll besetzt, doch hatte sich eine große Anzahl politischer Gegner eingefunden. Die zahlreich anwesenden Nationalsozialisten übertrönten den Redner immer wieder durch Zwischenrufe und Absingen des Horst-Wessel-Liedes, worauf die Kapelle und die Deutschnationalen wiederum mit Spiel und Gesang des Deutschlandliedes antworteten. Die Polizei griff immer wieder ein und entfernte die Zwischenrufer aus dem Saal.

Nach Schluß der Versammlung kam es vor dem Konzerthaus zu Unruhen. Stahlhelmer, die in Gruppen von der Versammlung kamen, wurden angegriffen und mißhandelt und mußten sich zum Teil in den Häusern in Sicherheit bringen. Die Strafe mußte mehrfach von der Polizei geräumt werden; insgesamt wurden 29 Personen festgenommen.

Aus dem Reich.

Ein gemeiner Betrugsversuch.

WVB Düsseldorf, 28. Sept. Der Kaufmannsgehilfe Otto Krüger, der erst vor kurzem eine mehrjährige Gefängnisstrafe wegen Betrugsdelikten abgehört hatte, erschien in Ausnutzung der allgemeinen Notlage und der einseitigen Bestrebungen zur Umkehrung der Not bei Düsseldorf Geschäftsleuten und gab an, zum Einkauf von Waren aller Art für die Winterhilfe beauftragt zu sein. Als Auftraggeber nannte er den Industrieklub, der auch für die Zahlungen sorgen sollte. Einer der Lieferanten traute aber dem Geschäft nicht und hielt Nachfrage. Dabei stellte sich heraus, daß von den Aufträgen Krügers niemand etwas wußte. Als er bei dem Lieferanten erschien, um einen größeren Posten Waren abzuholen, nahm ihn die Schutz in Empfang.

Aus Westdeutschland.

Köln Chronik.



Geheimrat Louis Hagen erkrankt.

Wp Köln, 28. Sept. Der Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer, Geheimrat Louis Hagen, erkrankt gestern nach seiner Rückkehr von dem Einweihungsakt des neuen Heimes der Kölner Industrie- und Handelskammer sowie der Börse in seiner Villa einen Schlaganfall, so daß er sich sofort zu Bett begeben mußte. Sein Befinden hat sich im Laufe der Nacht verschlimmert.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist in dem Befinden von Geheimrat Louis Hagen eine kleine Besserung eingetreten. Der Kranke liegt zur Zeit, nachts 11 Uhr, in ruhigem Schlaf, und das Fieber hat leicht nachgelassen.

Abflug des Do X Donnerstag mittag 13 Uhr.

Wp Köln, 28. Sept. Das Flugboot Do X, das seit einer Woche in Köln liegt, wird am Donnerstag mittag gegen 13 Uhr seine Rheinreise fortsetzen. Die nächste Etappe führt bis Bonn, wo das Flugboot gleichfalls mehrere Tage bleiben wird.

Eröffnung der Opernspielzeit in Köln.

Wp Köln, 29. Sept. Zur Eröffnung der Opernspielzeit in Köln wurde Mittwoch in völlig neuer Aufmachung Wagners Rienzi herausgebracht. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Arbeit des an Stelle Strobachs nach Köln berufenen neuen Opernleiters Walther Felsenstein, der früher in Freiburg tätig war. Eine Persönlichkeit großen Kalibers scheint hier gefunden. Stilistisch bündigt der junge Regisseur die Doppelnatur des Rienzi-Werkes, den dramatischen Kern u. die prunkvolle Gruppenoper, schält in der Hauptphase aber das Drama Rienzi heraus. Ausdrucksvoll geist und loder baut er die umfangreichen Chöre auf, die Bühne ist erfüllt von wild bewegten Massen und fliegenden Handlungen. In der dramaturgischen Bearbeitung sind Striche aus der Mottelschen Fassung übernommen, darüber hinaus fallen noch einige wesentliche Kürzungen im zweiten Teil und den Chorstellen sowie das Fehlen der Balletteinlage auf. Bei den Solopartien merkt man, daß der junge Regisseur vom Schauspiel herkommt, die Behandlung des Wortes ist vorbildlich. Geistig überragend gestaltet Felsenstein den Rienzi, den er zum ersten Male überhaupt fang. Das ausgezeichnet spielende Orchester unter Kapellmeister Jaun bringt das harmonische Gesamtbild der Vorstellung zu lüdenlosem Einklang. Am Schluß spendete das dicht besetzte Haus den Solisten sowie den beiden Spiel- und Musikleitern stürmischen Beifall.

Motorabunfall.

Wp Köln, 28. Sept. Am Dienstagabend fand ein Autovermieter aus Lechenich im Liblarer Busch den 29jährigen Gerhard Pelzer und den 20jährigen Erwerbslosen Karl Antholzer aus München wegen gemeinschaftlichen versuchten Raubes Wetzlers zu zwei Jahren und Antholzer zu einem Jahr Gefängnis, während der Staatsanwalt unter Versagung mildernder Umstände gegen Wetzlers vier Jahre Zuchthaus und gegen Antholzer zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte. — Die jungen Burken hatten sich am Abend des 19. August d. J. bei einem Kaplan in Nippes melden lassen, waren im Stubierzimmer empfangen worden und hatten ihm hier einen Tränengaspistole mit der Aufforderung vorgehalten, die Hände hochzunehmen. Es gelang dem Kaplan, eine Fensterscheibe mit einem Faustschlag zu zertrümmern und um Hilfe zu rufen. Die Räuber flohen darauf, konnten aber bereits auf der Straße von Vorübergehenden festgenommen und der Polizei übergeben werden. Antholzer

Sühne für einen Raubüberfall auf einen Kaplan.

Wp Köln, 28. Sept. Die Große Strafkammer Köln verurteilte heute den 19jährigen Erwerbslosen Hermann Wetzler aus Köln und den 20jährigen Erwerbslosen Karl Antholzer aus München wegen gemeinschaftlichen versuchten Raubes Wetzlers zu zwei Jahren und Antholzer zu einem Jahr Gefängnis, während der Staatsanwalt unter Versagung mildernder Umstände gegen Wetzlers vier Jahre Zuchthaus und gegen Antholzer zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte. — Die jungen Burken hatten sich am Abend des 19. August d. J. bei einem Kaplan in Nippes melden lassen, waren im Stubierzimmer empfangen worden und hatten ihm hier einen Tränengaspistole mit der Aufforderung vorgehalten, die Hände hochzunehmen. Es gelang dem Kaplan, eine Fensterscheibe mit einem Faustschlag zu zertrümmern und um Hilfe zu rufen. Die Räuber flohen darauf, konnten aber bereits auf der Straße von Vorübergehenden festgenommen und der Polizei übergeben werden. Antholzer

war erst am Abend vor dem Raubüberfall auf der Suche nach Arbeit in Köln angekommen und hatte am Bahnhof die Bekanntschaft des Wetzlers gemacht, der den Raubüberfall auf den Geistlichen schon lange geplant hatte und Antholzer zum Mitmachen zu überreden wußte.

Nach Unterschlagung von 1500 Rm sich selbst gestellt.

Wp Köln, 28. Sept. Bei der Kölner Kriminalpolizei stellte sich am Dienstag ein etwa 41 Jahre alter Angehöriger aus Berlin, der angab, nach Unterschlagung von insgesamt 1500 Rm geflüchtet zu sein. Bei seiner Ankunft in Köln habe er noch 600 Mark in seinem Besitz gehabt, die ihm jedoch in dem Rheinviertel gestohlen worden seien.

Düsseldorf und Umgebung.

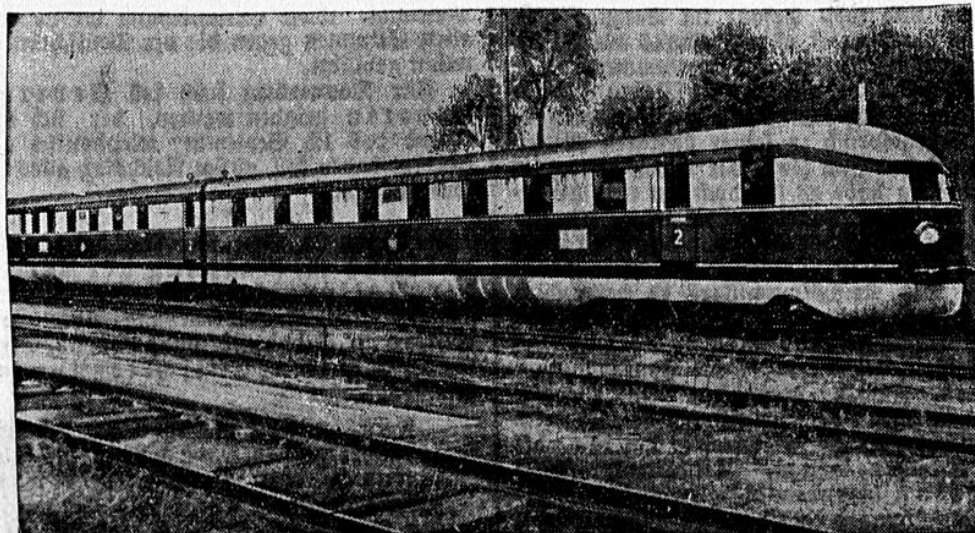
Kampf mit Waffenschmugglern.

Wp Düsseldorf, 28. Sept. Der Zollfahndungsstelle war bekannt geworden, daß der berühmte Schmugglerkönig des Westens, Fritz Szymanski, sich seit einiger Zeit dem einträglichen Waffenschmuggel zugewandt hatte, wobei er Abnehmer bei den politischen Parteien fand. Am Montag verfuhrte Szymanski, einen größeren Waffentransport über die holländische Grenze zu schmuggeln, was aber mißlang. Dieser Transport ging nun gestern morgen vonstatten. Das holländische Schmugglerauto erschien gegen 10 Uhr in Winderich vor einer Wirtschaft, wo sich der Käufer aufhalten sollte. Dem Wagen entstieg der holländische Verkäufer Kamps. Der Wagen fuhr dann in einen Feldweg, um die zwischen einem Doppelboden versteckten Waffen in einen Koffer zu verladen. Als der Schmugglerwagen zum zweiten Male vor der Wirtschaft vorfuhr, traten die Zollbeamten ihm in den Weg. Der Schmugglerwagen, in dem sich außer Szymanski noch ein gewisser Kitz befand, ebenfalls wie Szymanski aus Barmen, versuchte nun, zu entkommen. Die Beamten gaben sofort fünf Schüsse ab, wobei Szymanski eine Kugel in die Brust drang. Einem Beamten gelang es, sich auf das Trittbrett des Wagens zu schwingen. Als er seine Pistole zog, wurde er von den Schmugglern angegriffen. Es gelang Szymanski, dem Beamten die Waffe zu entreißen. Sein Versuch, den Beamten zu erschießen, wurde durch eine Ladehemmung vereitelt. Inzwischen war auch der Wagen der Grenzbeamten angekommen. Szymanski wurde in das Gefängnislagarett in Düsseldorf-Deinendorf eingeliefert. In dem Koffer befanden sich 100 Selbstladepistolen und 2500 Schuß Munition. Wie Szymanski angab, kosteten die Revolver ihm ausschließlich Unkosten 10 M je Stück. Er erhielt dafür 28 M, so daß er an dem Transport 1800 M verbrent hätte.

Wuppertal.

Konflikt zwischen Krankenkasse und Krankenhäusern.

Wp Wuppertal, 28. Sept. Zwischen der Ortskrankenkasse Wuppertal und den Krankenhäusern, sowie den städtischen wie auch den Privatanstalten, ist ein Konflikt ausgebrochen wegen der Pflegegelder. Die Krankenkasse verlangt Herabsetzung der Pflegegelder, während die Arbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser den Standpunkt vertritt, daß die Pflegegelder nicht weiter gesenkt werden können. Die Krankenkasse versucht jetzt, einen Druck auszuüben, denn sie hat das evangelische Krankenhaus Bethesda in Elberfeld und das katholische Petruskrankenhaus in Barmen für ihre Mitglieder gesperrt. Diese Sperre ist aber ungesetzlich. In der nächsten Woche sollen durch Ver-



In zweieinhalb Stunden von Berlin nach Hamburg.

Der vielgenannte Schnelltriebwagen der Reichsbahn ist jetzt soweit fertiggestellt, daß nur noch die Motoren eingebaut zu werden brauchen. Der Wagen dürfte schon im nächsten Monat mit den Probefahrten beginnen und wird dann auf der Strecke Berlin—

mittlung der Stadtverwaltung Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkasse stattfinden.

Ueber acht Millionen Mark Geldstrafe in einem Großschmuggelprozeß.

Wp Essen, 28. Sept. Einen Schmugglerprozeß von ungewöhnlichem Umfang hatte die Essener Strafkammer abzuurteilen. Angeklagt waren 20 Personen, von denen nur 15 zur Stelle waren. Die Leute stammten aus Gelsenkirchen, Buer und Gladbeck. Sie erhielten insgesamt 8½ Millionen Mark Geldstrafen und im einzelnen bis zu zwei Monaten Gefängnis.

Vom Starkstrom getötet.

Wp Oberhausen, 28. Sept. Der Hauer Sachse, der auf der Beche Konfordia mit dem Verladen der alten Munitionskisten beschäftigt war, erhielt, als er mit dem Kopfe einer Starkstromleitung zu nahe kam, einen derartigen Schlag, daß er auf der Stelle tot zusammenbrach.

Auf der Wallfahrt vom Tode ereilt.

Wp Haltern, 28. Sept. Bei einer Wallfahrt nach Haltern wurde die 70 Jahre alte Witwe Leidiger vom Schläge getroffen und fiel tot zu Boden.

Tödlicher Unfall im Regierungsgebäude zu Münster.

Wp Münster i. W., 28. Sept. Der bei der Regierung in Münster angestellte Katasterbeamte Joseph Peteret wollte in seinem im dritten Stock gelegenen Büroraum die Saloufie in Ordnung bringen. Dabei verlor er das Uebergewicht und stürzte aus dem Fenster auf die Straße, wo er tot liegen blieb.

Erpressungsversuch eines entlassenen Buchhalters.

Wp Siegburg, 28. Sept. Ein wegen Unregelmäßigkeiten bei den städtischen Werken entlassener Buchhalter hat in einer Veröffentlichung nahezu sämtliche Beamten schwerer Verletzungen beschuldigt. Dem Direktor des Werkes war von dem Buchhalter angeboten worden, daß die Veröffentlichung dieser Anschuldigungen gegen Zahlung einer Abstandssumme unterbleiben würde. Nach Unterrichtung der Stadtverwaltung hat diese jedoch angeordnet, daß zur Klärung der schweren Vorwürfe Strafanzeige wegen Erpressung gegen den Buchhalter gestellt wird. Die Beamten des Werkes haben im übrigen wegen Beleidigung und Verleumdung Anzeige erstattet. Wie wir zu dieser Angelegenheit noch weiter erfahren, schweben gegen den Buchhalter noch weitere Strafverfahren wegen Urkundenfälschung und Betrug.

Auf die Bohnenstange gepiekt.

Wp Wehlar, 28. Sept. In Berghausen stürzte ein älterer Mann beim Obstpflücken vom Baum. Dabei fiel er unglücklicherweise auf eine aufrecht stehende Bohnenstange. Die Stange drang dem Bedauernswerten tief in den Leib und brach ab. Lebensgefährlich verletzt wurde der Mann in das Krankenhaus gebracht.

Falschmünzerverdacht ausgehoben.

Wp Biersen, 28. Sept. Der Biersener Kriminalpolizei gelang es in der Nacht zum Dienstag, eine Falschmünzerverfälschung auszuheben. Der Polizei waren schon lange zwei Männer der Falschmünzerei verdächtig, jedoch konnte ihnen ihr Tun bisher noch nicht nachgewiesen werden. Nunmehr nahm die Polizei die beiden Männer sowie eine dritte Person fest. Die Verhafteten legten ein Geständnis ab und gaben zu, falsche Zweimarkstücke hergestellt und verausgabt zu haben. Eine Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung brachte Teile der zur Herstellung der Geldstücke benutzten Formen ans Tageslicht.

Emil Drlik gestorben.

Berlin, 29. Sept. Der bekannte Graphiker und Radierer Emil Drlik ist heute nachmittag im Alter von 62 Jahren einem Herzleiden erlegen. Drlik, der in München ein Schüler Lindenschmitts und Raabs gewesen war, hatte zu Studienzwecken mehrfache Auslandsreisen durchgeführt, darunter nach England, Holland und Frankreich und nach Japan. Besonders bekannt sind seine japanischen Radierungen geworden. Aus Ägypten und China brachte er reiche Erzeugnisse seiner Kunst zurück.

Zusammenstoß von Personenzug und Lieferwagen.

Wp Mayen, 28. Sept. Ein mit mehreren Personen besetzter Lieferwagen wurde Mittwoch an dem Bahnübergang von Bubenheim bei Metternich beim Überqueren von der Lokomotive eines Personenzuges erfasst und mit voller Wucht auf den Bahnkörper geschleudert. Vier Personen aus Klärlich und Verscheld erlitten schwere Verletzungen. Der Fahrer selbst blieb unverletzt. Die Lokomotive wurde beschädigt. Der Zug mußte die Fahrt auf einige Zeit unterbrechen.

Eine mutige Netterin.

Wp Trier, 28. Sept. Ein 11 Jahre alter Schüler versuchte in Seibersbach auf dem Hundsrück, durch Erhängen seinem Leben ein Ende zu machen. Ein gleichaltriges Mädchen, dem das plötzliche Verschwinden des Jungen aufgefallen war, fand diesen in einem Schuppen, ergriff entschlossen eine Axt und hieb den Strick durch, dem Knaben das Leben rettend. Was den Knaben zu der ungesunden Tat veranlaßt hat, ist gänzlich unbekannt.

Großer Schmugglerfang.

Wp Trier, 28. Sept. Gestern ist es der Landjäger gelungen, eine fünfköpfige Schmugglerbande an der Saargrenze zu stellen, von der zuerst das jüngste Mitglied, ein 16jähriger Burke, und später zwei weitere Mitglieder festgenommen werden konnten. Bis jetzt steht fest, daß die Bande 22 Zentner Tabak, 200 000 Zigaretten und ¼ Million Blättchen Zigarettenpapier über die Saargrenze nach Deutschland eingeschmuggelt und in das Inland abgeschoben hat. Die hinterzogenen Steuern und Zölle belaufen sich auf 1 Mill. Mark. Es handelt sich um die größte Schmugglerbande, die bis jetzt in der südlichen Rheinprovinz gefaßt worden ist.

Wetterausichten.

Vorhersage bis Freitag: Trübenes, viel-sach heiteres, zeitweise auch nebliges Wetter mit kalten Nächten.

10 Jahre Zuchthaus für den Eisenbahnräuber Richard Schulz.

Berlin, 24. Sept. Das Schwurgericht beim Landgericht II verurteilte den 33jährigen Mechaniker Richard Schulz wegen versuchten Totschlags, Gewaltandrohung und Diebstahls zu insgesamt 10 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der mehrfach u. a. wegen Kollidiebstahls verurteilte Angeklagte war bereits am 29. März auf dem Anhalter Bahnhof von Ueberwachungsbeamten bei einem Diebstahl beobachtet worden, konnte aber die ihn verfolgenden Beamten mit einem Revolver in Schach halten und entfliehen. In der Nacht zum 11. April wurde er abermals von zwei Ueberwachungsbeamten im Gange eines D-Zugwagens gestellt. Auf Anruf gab er sofort sieben Schüsse auf die Beamten ab, durch die ein Beamter schwer verletzt wurde. Der zweite Beamte konnte die Weiterverfolgung nicht aufnehmen, da er sich um den Schwerverletzten kümmern mußte. Die Beamten bekundeten, daß sie Schulz in dem Schein der Lampe und im Mündungsfeuer erkannten; auch die Beamten, die den Schulz im März gestellt hatten, erklärten, ihn mit Sicherheit wiederzuerkennen. Der Staatsanwalt hatte mit Rücksicht auf die Noheite des Vorgehens und die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt.

Handel und Wirtschaft.

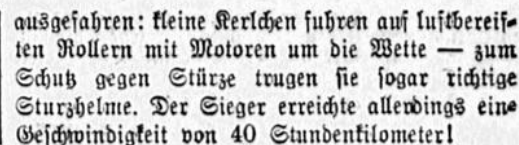
Calcarer Eierbörse.

Calcar, 28. Sept. Bei der Eierbörse wurden für je 100 Stück bezahlt: Klasse S 9,40 M, Klasse A 8,70—9,20 M, Klasse B 8,40—8,90 M, Klasse C 7,70—8,50 M, Klasse D 6,50—7,40 M, Zungenmeter 6—6,50 M. Die Nachfrage war gut; die Preise lassen weiterhin leicht nach. Die Preise gelten als Calcar ausschließlich der Espesen des Großhandels bei franto Rücksendung der Eiern nach Station Calcar.

Brühl. 29. Sept.

* **Bohem:** Eine gutbesetzte Kaninchen-Verbreitung und Produktenausstellung findet Samstag und Sonntag im Saale Schmitz hier selbst statt, da am ersten Tage von 17 bis 20 Uhr und am Sonntag von 10 bis 20 Uhr geöffnet ist. Gleichfalls ist Sonntag um 16 Uhr ein Vortrag des Direktors Böhm über Kaninchenzucht und ihre Pflege.

„Die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten vom 5. 9. 1932 gibt den Arbeitgebern die Möglichkeit, bei einer bestimmten Erhöhung der Vorkommernzahl die Tariflohn- und Gehaltsätze im Betriebe mit sofortiger Wirkung in gewissem Umfange herabzusetzen. Ferner kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglich festgesetzten Lohn- und Gehaltsätze zu unterschreiten, wenn die Weiterführung oder die Wiederaufnahme eines Betriebes infolge besonderer Umstände, die außer-



Sport

hält das Haar gesund!
Er gibt dem Haar nach jeder Kopfwäsche stets von neuem seine natürliche Reinheit und seine jugendliche Elastizität wieder. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigsten, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sortel

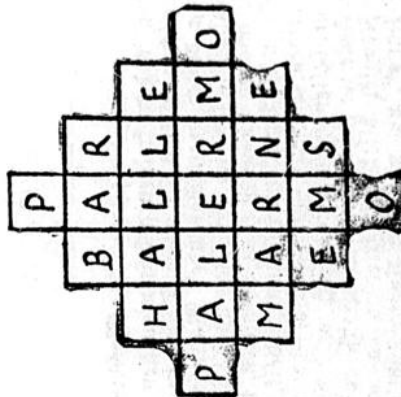
hielt am 24. und 25. September durch den Landesverband Rheinland seinen dritten Landesverbandstag in Köln ab. Der erste Landesverbandstag — auch in Köln — im Jahre 1928 versammelte kaum mehr als einige hundert Frauen. Der zweite Landesverbandstag — im Jahre der Rheinlandsbefreiung — konnte schon in seiner machtvollen Kundgebung am Deutschen Eck gipfeln. Bei dieser dritten Kölner Tagung waren es schon über 4000 Kameradinnen im blauen Bundeskleid, die sich in der Weisfalle zu Füßen des Feldbaltars zur Weisfalle für das Andenken der gefallenen Krieger vereinigten hatten. Die große Festversammlung am Nachmittag brachte in großer Klarheit zum Ausdruck, was der Bund Kölnigen Luise gegenwärtig als seine Hauptaufgabe empfand: die einigende Brücke zwischen allen nationalen Parteien und Verbänden zu werden.

Junge Sübner
Stück 2. — Mt. zu verkauf.
Zu erf. in d. Weich. 31.

Ein Briefwechsel.

Sol. Grh. v. Eißendorff

Diamondträtzel



Long Junior

„Du Egon, du — gibt es Treue?“ — Wir fanden bald Ge-

